

ANTRAG

*Antragsteller*in: Susanna Riedlsperger, Julian Pfurtscheller, Fabian Haslwanter, Aleyna Dasedemir, Marc Naier, Melanie Winkler, Florian Luxner (Landesvorstand Tirol)*

Tagesordnungspunkt: 13.2. Leitantrag des Landesvorstands

LA: Wir bauen uns unsere Zukunft

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Die Wohnsituation in Tirol spitzt sich immer weiter zu: Steigende Mieten,
3 fehlender Wohnraum und undurchsichtige Vergabepaxen beim gemeinnützigen Wohnbau
4 lassen bei vielen Menschen das Gefühl zurück, dass das oft zitierte
5 "Aufstiegsversprechen" zunehmend außer Reichweite gerät. Gerade für junge
6 Menschen wird der Traum von leistbarem Wohnen oder Eigentum immer schwieriger zu
7 verwirklichen. Hier braucht es entschlossenes Handeln und innovative Lösungen,
8 um den Menschen in Tirol eine Zukunftsperspektive zu geben. Wir wollen uns
9 unsere Zukunft bauen – mit klaren Maßnahmen, die mehr Fairness, Effizienz und
10 Transparenz schaffen und so für leistbaren Wohnraum sorgen.

11 Mehr Wohnraum schaffen

12 Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren stark gewachsen, doch der Wohnungsbau
13 hat mit dieser Entwicklung in Tirol nicht Schritt gehalten. Das Ergebnis: Ein
14 knappes Angebot trifft auf steigende Nachfrage, wodurch die Mieten immer weiter
15 steigen. Besonders in den Ballungszentren wird günstiger Wohnraum zunehmend zur
16 Mangelware.

17 Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es vor allem eines: den Bau
18 neuer Wohnungen zu besseren Konditionen. Verdichteter Neubau, die Mobilisierung
19 von Leerstand sowie die Sanierung und Umnutzung bestehender Gebäude können
20 helfen, den Bedarf zu decken und die Preisspirale zu bremsen.

21 In Tirol verschärft der akute Mangel an leistbarem Wohnraum die

22 Wohnkostenproblematik erheblich. Ein zentraler Hebel zur Entspannung der
23 Situation liegt in der Mobilisierung von Wohnraum einerseits durch den Bau neuer
24 Wohnflächen und andererseits durch die Mobilisierung von bereits vorhandenem,
25 aber leer stehendem Wohnraum durch eine Attraktivierung des Vermietens. Doch das
26 derzeitige Mietrechtsgesetz (MRG) steht diesem Ziel oft entgegen, da es durch
27 starre Regelungen Vermieter: innen abschreckt, Wohnungen zu vermieten. Eine
28 umfassende Reform des MRG würde Hindernisse abbauen, indem sie mehr Flexibilität
29 bei Mietverträgen schafft und gleichzeitig Mieter:innenrechte wahrt. Zusätzlich
30 dazu sind Maßnahmen auf Landesebene notwendig, um den Wohnraum effizienter zu
31 nutzen und gezielt auszubauen:

32 **Nachverdichtung forcieren**

33 Tirol verfügt aufgrund der geografischen Situation über ein sehr begrenztes
34 Flächenpotenzial für Neubauten. Eine höhere und verdichtete Bauweise ist daher
35 ein zentraler Ansatz, um den vorhandenen Raum im gesamten Land effektiver nutzen
36 zu können. Durch eine Anpassung der baurechtlichen Vorgaben auf Landes- als auch
37 Gemeindeebene kann die Nachverdichtung dahingehend unterstützt werden, dass
38 Gebäude einerseits grundsätzlich höher gebaut werden können und andererseits
39 bestehende einstöckige Bauten gezielt aufgestockt werden, ohne die
40 Lebensqualität zu beeinträchtigen. Der große Vorteil der Nachverdichtung ist,
41 dass mit der Überbauung bestehender Flachbauten, wie zB Supermärkten, in ganz
42 Tirol neuer Raumbedarf ganz ohne Neuerschließung von Bauland gedeckt werden
43 kann! Die aktuellen Regelungen stehen dem leider häufig im Weg!

44 **Wohnbedarfsgerechtes Bauen stärken**

45 Während die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt und die durchschnittliche
46 Anzahl der Personen pro Haushalt sinkt, nimmt die durchschnittliche
47 Wohnungsgröße immer weiter zu. ^[1] Um den Bedarf der Bevölkerung besser zu
48 decken, muss die Wohnraumentwicklung stärker an den tatsächlichen
49 Lebensrealitäten der Tiroler: innen ausgerichtet und gleichzeitig beachtet
50 werden, dass logischerweise mehr Wohnfläche auch zu mehr Wohnkosten führt. Dazu
51 gehört unter anderem der Bau von familienfreundlichem Wohnraum, altersgerechten
52 Wohnungen für Senior: innen sowie leistbaren Wohnungen für Menschen mit geringen
53 Einkommen oder Studierende in anderen Lebenssituationen in jeweils angemessenen
54 Größen, da Wohnen auf passendem und nicht zu viel Wohnraum folglich leistbarer
55 ist. Besonders im gemeinnützigen Wohnbau muss auf diese Lebenssituationen
56 eingegangen werden und in Größe als auch dem Standard entsprechend gebaut
57 werden.

58 **Lockerung baurechtlicher Vorgaben bei Sanierungen**

59 Die Lockerung baurechtlicher Vorgaben ist notwendig, um die Sanierung alter
60 Gebäude zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen zu ermöglichen. Häufig
61 verhindern starre, teils willkürlich wirkende Regelungen, wie etwa strenge
62 Anforderungen an Raumhöhen, die Umnutzung historischer Gebäude. Dies macht die
63 Schaffung von neuem Wohnraum in bestehenden Strukturen entweder extrem teuer
64 oder gar unmöglich. Weniger bürokratische Hürden könnten diesen Prozess deutlich
65 beschleunigen und attraktiver machen und so leerstehenden Wohnraum mobilisieren!

66 **Überregionale und unpolitische Raumplanungskompetenz**

67 Eine sinnvolle und nachhaltige Raumplanung muss überregionale Aspekte stärker
68 berücksichtigen und frei von politischen oder regionalen Einzelinteressen
69 gestaltet werden. Daher braucht es eine unabhängige, fachlich fundierte
70 Steuerung, die sicherstellt, dass neue Wohnbauprojekte strategisch sinnvoll
71 verteilt und vorhandene Flächen effizient genutzt werden. Nur so lassen sich
72 regionale Engpässe überwinden und eine sinnvolle Verteilung des Wohnraums
73 gewährleisten. Wir fordern daher, dass die Raumplanungskompetenz weg von den
74 Gemeinden auf eine überregionale und unpolitische Ebene kommt.

75 **Auch Innovative Ansätze heranziehen**

76 Die Herausforderungen auf dem Tiroler Wohnungsmarkt erfordern kreative Lösungen,
77 um bestehenden Wohnraum effizienter zu nutzen. Ein Ansatz ist hierbei zB der
78 Ausbau des Projekts Sicheres Vermieten.

79 Das Projekt Sicheres Vermieten hilft dabei, ungenutzte Wohnungen, die von
80 Eigentümern aufgrund der aktuellen Mietrechtssituation nicht vermietet werden,
81 unkompliziert auf den Mietmarkt zu bringen, indem es die Eigentümer bei der
82 Vermietung unterstützt. Dieser Ansatz muss, wenn auch er nicht das Problem, dass
83 Eigentümer aufgrund des aktuellen MRG nicht vermieten wollen, löst,
84 vorübergehend noch verstärkt forciert und auf möglichst bürokratiearme Art und
85 Weise in die Breite getragen werden. Nur so, können noch mehr dringend benötigte
86 leerstehende Wohnungen auf den Markt gebracht werden!

87 **Eigentum (wieder) leistbar machen**

88 Die Frage nach leistbarem Eigentum ist in den letzten Jahren zu einer der
89 zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen geworden. Steigende
90 Immobilienpreise, wachsende soziale Ungleichheit und ein stagnierender
91 Wohnungsbau belasten viele Menschen, insbesondere auch junge Menschen. Eigentum,
92 einst ein zentraler Bestandteil der Lebensplanung und Altersvorsorge, ist für

93 viele zu einem unerreichbaren Ziel geworden.

94 Gleichzeitig beeinflussen wirtschaftliche Faktoren wie Inflation, höhere
95 Baukosten und begrenzte Bodenressourcen den Zugang zu Immobilien und erschweren
96 den Traum vom Eigenheim. Doch Eigentum ist weit mehr als ein finanzielles Ziel:
97 Es steht für Sicherheit, Unabhängigkeit und langfristige Stabilität. Um Eigentum
98 für uns junge Menschen wieder erreichbar und somit auch leistbar machen zu
99 können, haben wir 3 ganz konkrete Forderungen.

100 **Deregulierung von Bauvorschriften - TBO radikal entrümpeln!**

101 Neben weiteren Punkten kann vor allem die Deregulierung von Bauvorschriften
102 einen erheblichen Beitrag dazu leisten, Wohnraum generell aber insbesondere
103 Eigentum wieder leistbarer zu machen. Indem unsinnige oder überzogene bauliche
104 Auflagen beseitigt werden, lassen sich Baukosten deutlich senken. Eine gezielte
105 Entrümpelung der bestehenden Ö-Normen und OIB-Richtlinien kann dabei den
106 bürokratischen Aufwand reduzieren und schafft Spielraum für günstigere und
107 effizientere Bauprojekte. Darüber hinaus stellt eine umfassende Prüfung der
108 Vorschriften durch Kosten-Nutzen-Analysen sicher, dass nur sinnvolle und
109 wirtschaftlich vertretbare Vorgaben erhalten bleiben.

110 Ein Beispiel für diese Flexibilisierung ist die Einführung eines neuen
111 Wohnungstyps mit „Startinfrastruktur“, der zunächst nicht vollständig
112 barrierefrei ist, jedoch später mit geringem Aufwand entsprechend nachgerüstet
113 werden kann. Dies ermöglicht die Schaffung preiswerter Wohnungen, ohne die
114 zukünftige Anpassungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Auch die Förderung
115 emissionsfreier Heizsysteme durch Anreize für Alternativen wie Wärmepumpen oder
116 Photovoltaik-Anlagen ist ein wichtiger Schritt. Sie ermöglicht sowohl
117 ökologisches als auch kosteneffizientes Bauen und Wohnen, was langfristig
118 finanzielle und ökologische Vorteile bringt. Diese Maßnahmen zusammen schaffen
119 eine Grundlage für mehr bezahlbaren Wohnraum, ohne die Qualität oder
120 Nachhaltigkeit zu vernachlässigen.

121 Auf Landesebene lässt sich die Situation der Überregulierung insbesondere in der
122 Tiroler Bauordnung beobachten. Die Tiroler Bauordnung (TBO) enthält eine
123 Vielzahl an Vorgaben, die in der aktuellen Form den Bau von leistbarem Wohnraum
124 erschweren. Zum Beispiel Themen wie die Stellplatzpflicht oder ein
125 verpflichtender Spielplatz für Wohneinheiten, wie sie zudem in Verordnungen
126 statuiert werden, stellen ein Hindernis für den Bau von mehr leistbarem Wohnraum
127 dar, da sie zusätzlichen Raum beanspruchen und die Baukosten erheblich steigern.
128 Eine Abschaffung oder zumindest deutliche Reduktion dieser Regelungen würde
129 ermöglichen, dass mehr kostengünstigerer Wohnraum auf begrenztem Baugrund
130

geschaffen wird.

131 Darüber hinaus müssen bürokratische Hürden und überregulierte Vorschriften in
132 der TBO umfassend überarbeitet werden. Ziel ist es, ein schlankeres Regelwerk zu
133 schaffen, das es Bauträgern erlaubt, effizienter und kostengünstiger zu bauen.
134 Durch eine Entrümpelung der Bauordnung können moderne, ressourcenschonende
135 Bauweisen forciert und gleichzeitig die Baukosten gesenkt werden – ein
136 entscheidender Schritt, um mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen. Die
137 Vorschriften der TBO müssen dringend auf Sinnhaftigkeit und Praxistauglichkeit
138 sowie auf Kostentreiber hin geprüft und entsprechend angepasst werden!

139 **Grunderwerbssteuer beim Kauf des ersten Eigenheims** 140 **abschaffen**

141 Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste Eigenheim kann eine
142 deutliche finanzielle Entlastung für Erstkäufer darstellen und somit den
143 Einstieg in Wohneigentum erleichtern. In Österreich beträgt die
144 Grunderwerbssteuer im Allgemeinen 3,5 Prozent der Bemessungsgrundlage ^[2] und
145 stellt gerade für junge Familien oder Menschen mit begrenztem Eigenkapital eine
146 erhebliche Zusatzbelastung dar.

147 Durch den Wegfall dieser Steuer würde die finanzielle Einstiegshürde spürbar
148 gesenkt, sodass mehr Menschen die Möglichkeit erhalten, sich Wohneigentum
149 leisten zu können. Dies könnte zudem die Eigenheimquote erhöhen, soziale
150 Stabilität fördern und langfristig die Altersvorsorge vieler Haushalte stärken.
151 Darüber hinaus signalisiert eine solche Maßnahme, dass der Staat den Traum vom
152 Eigenheim aktiv unterstützt und die Bildung von Wohneigentum als
153 gesellschaftlich wertvoll anerkennt.

154 **Flex-Miet-Kauf Modelle forcieren**

155 Flexi-Miet-Kauf-Modelle sind hybride Wohn- und Finanzierungsmodelle, die es
156 Mietern ermöglichen, schrittweise Eigentum an einer Immobilie zu erwerben. Dabei
157 zahlen sie zunächst eine monatliche Miete, die teilweise oder vollständig auf
158 den späteren Kaufpreis angerechnet wird. Häufig wird eine Option oder ein
159 festgelegter Zeitraum vereinbart, innerhalb dessen der Kauf vollzogen werden
160 kann.

161 Diese Modelle bieten insbesondere Menschen, die nicht sofort eine hohe Anzahlung
162 leisten können, eine flexible und erschwingliche Möglichkeit, den Weg in die
163 eigenen vier Wände zu ebnen. Sie schaffen einen gleitenden Übergang von Miete zu

164 Eigentum, reduzieren die finanzielle Einstiegsbarriere und geben Mietern Zeit,
165 Kapital aufzubauen oder finanzielle Sicherheit zu gewinnen. Flexi-Miet-Kauf-
166 Modelle können somit eine Brücke schlagen, um Eigentum für breitere
167 Bevölkerungsschichten und vor allem auch für junge Menschen wieder leistbar zu
168 machen.

169 **Gemeinnütziges Wohnen**

170 Die Thematik rund um das gemeinnützige Wohnen wird derzeit zu großen Teilen auf
171 Gemeindeebene geregelt. Die Gemeinden entscheiden hierbei, wer wann eine
172 gemeinnützige Wohnung zur Verfügung gestellt bekommt. Das Ergebnis dieses
173 Prozederes sind intransparente, komplizierte & korruptionsanfällige Systeme, bei
174 denen niemand wirklich weiß, wer wieso eine Wohnung bekommen hat. Oft haben
175 genau jene Personen, die eine gemeinnützige Wohnung am dringendsten benötigen
176 würden, keine Chance, eine solche zu bekommen.

177 **Vergaberichtlinien**

178 Die Vergaberichtlinien für den gemeinnützigen Wohnbau werden auf Gemeindeebene
179 geregelt und durch den Gemeinderat beschlossen. Somit hat jede Gemeinde in
180 Österreich ihr eigenes (oft intransparentes) System, wobei niemand wirklich
181 weiß, wieso gewisse Personen nach kürzester Wartezeit eine Wohnung erhalten, und
182 andere scheinbar ewig auf der Liste stehen. Freunderlwirtschaft, Korruption und
183 ein geringes Vertrauen in die Gemeindepolitik sind die logischen Folgen eines
184 solchen Systems. Wie schnell die derzeitigen Vergaberichtlinien ignoriert
185 werden, hat man erst kürzlich in Völs gesehen, wo ein Bürgermeister eigenmächtig
186 einen Mitarbeiter für eine Wohnung vorschlug. ^[3]

187 Wir JUNOS fordern ein Tirol weit einheitliches, transparentes und vor allem
188 faires Punktesystem, welches von den Bürger:innen nachvollzogen werden kann und
189 Freunderlwirtschaft unterbindet. Zudem fordern wir eine einheitliche Plattform,
190 über welche eine gemeinnützige Wohnung beantragt werden kann. Eine solche
191 Plattform existiert zum Teil schon, wird aber nicht genutzt. ^[4]

192 **Einkommensevaluation und befristete Mietverträge im** 193 **gemeinnützigen Wohnraum**

194 Der gemeinnützige Wohnbau ist eine zentrale Säule, um Menschen mit begrenztem
195 Einkommen Zugang zu leistbarem und qualitativ hochwertigem Wohnraum zu
196 ermöglichen. Um diesen Zweck zu erfüllen, ist eine regelmäßige
197 Einkommensevaluation unerlässlich. Sie stellt sicher, dass der begrenzte

198 gemeinnützige Wohnraum ausschließlich denjenigen zur Verfügung steht, die die
199 festgelegten Einkommenskriterien tatsächlich erfüllen.

200 Ohne eine klare und kontinuierliche Überprüfung besteht die Gefahr, dass
201 Haushalte, deren finanzielle Situation sich über die Jahre deutlich verbessert
202 hat, weiterhin Wohnungen im gemeinnützigen Bereich belegen. Damit werden
203 Kapazitäten blockiert, die für jene dringend benötigt werden, die sich am freien
204 Markt keinen adäquaten Wohnraum leisten können. Die Einkommensevaluation schafft
205 hier Gerechtigkeit und gewährleistet, dass die ursprüngliche Zielsetzung des
206 gemeinnützigen Wohnbaus nicht unterlaufen wird.

207 Eine Überprüfung der Einkommensverhältnisse alle fünf Jahre durchzuführen,
208 scheint bei Abwägung des Administrativen Aufwands und der notwendigen Kontrolle
209 als angemessen. Er gibt den Bewohner: innen Planungssicherheit, sorgt jedoch
210 dafür, dass Veränderungen in den Einkommensverhältnissen rechtzeitig
211 berücksichtigt werden können. Ergänzend sollte bei wesentlichen
212 Einkommensänderungen, beispielsweise durch neue Beschäftigungsverhältnisse,
213 Erbschaften oder größere Vermögensgewinne, eine verpflichtende Selbstauskunft
214 eingeführt werden, um auch zwischen den Evaluationszeiträumen Transparenz zu
215 schaffen.

216 Zudem muss beim gemeinnützigen Wohnraum auf befristete Mietverträge gesetzt
217 werden. Teilweise werden Mietverträge im Gemeinnützigen Wohnbau unbefristet
218 ausgestellt. Dies führt dazu, dass Stadtwohnungen oftmals dauerhaft belegt
219 bleiben, selbst wenn kein tatsächlicher Bedarf mehr besteht. Durch die
220 Einführung von befristeten Mietverträgen kann sichergestellt werden, dass im
221 Falle einer Veränderung der Lebensumstände der dringend benötigte gemeinnützige
222 Wohnraum schnellstmöglich wieder für jene Menschen zur Verfügung steht, welche
223 wirklich auf ihn angewiesen sind.

224 **Zusammengefasst fordern wir:**

- 225 • Nachverdichtung ermöglichen: Anpassung baurechtlicher Vorgaben, um höhere
226 und dichtere Bauweisen zu erleichtern und Leerstand zu mobilisieren.
- 227 • Wohnbedarfsgerechtes Bauen: an Lebenssituationen angepasste Wohnformen
228 insbesondere im gemeinnützigen Wohnbau forcieren, wie
229 familienfreundlicher, altersgerechter und leistbarer Wohnungen.
- 230 • Unabhängige Raumplanung: Überführung der Raumplanungskompetenz auf eine
231 unpolitische, überregionale Ebene.

- 232
- Innovative Ansätze: Ausbau von Programmen wie Sicheres Vermieten
- 233
- Eigentum leistbar machen: Abschaffung der Grunderwerbssteuer für das erste
- 234
- Eigenheim, Deregulierung der Tiroler Bauordnung und Förderung flexibler
- 235
- Miet-Kauf-Modelle.
- 236
- Einheitliche Vergaberichtlinien: Einführung eines Tirol-weiten,
- 237
- transparenten Punktesystems und einer zentralen Plattform für die Vergabe
- 238
- gemeinnützigen Wohnraums.
- 239
- Regelmäßige Einkommensevaluation: Überprüfung der Einkommensverhältnisse
- 240
- alle fünf Jahre, ergänzt durch befristete Mietverträge im gemeinnützigen
- 241
- Wohnbau.

242 **Quellen:**

- 243 [1] https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Wohnen-2022_barrierefrei.pdf
- 244 [2] <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/immobilien-grundstuecke/grunderwerbsteuer/steuersatz.html#:~:text=Die%20Grunderwerbsteuer%20betr%C3%A4gt%20im%20Allgemeinen,1%20Z%201%20GGG%20stattfinden>
- 245
- 246
- 247
- 248 [3] [Politik: Unstimmigkeiten um Wohnungsvergabe im Völser Gemeinderat - Westliches Mittelgebirge](#)
- 249 [4] <https://www.oesterreich.gv.at/formsearch/form/527?gkz=70513>

ANTRAG

Gremium: Landeskongress

Beschlussdatum: 07.12.2024

Tagesordnungspunkt: 13.2. Leitantrag des Landesvorstands

LANEU: Wir bauen uns unsere Zukunft

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Die Wohnsituation in Tirol spitzt sich immer weiter zu: Steigende Mieten,
3 fehlender Wohnraum und undurchsichtige Vergabepaxen beim gemeinnützigen Wohnbau
4 lassen bei vielen Menschen das Gefühl zurück, dass das oft zitierte
5 "Aufstiegsversprechen" zunehmend außer Reichweite gerät. Gerade für junge
6 Menschen wird der Traum von leistbarem Wohnen oder Eigentum immer schwieriger zu
7 verwirklichen. Hier braucht es entschlossenes Handeln und innovative Lösungen,
8 um den Menschen in Tirol eine Zukunftsperspektive zu geben. Wir wollen uns
9 unsere Zukunft bauen – mit klaren Maßnahmen, die mehr Fairness, Effizienz und
10 Transparenz schaffen und so für leistbaren Wohnraum sorgen.

11 Mehr Wohnraum schaffen

12 Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren stark gewachsen, doch der Wohnungsbau
13 hat mit dieser Entwicklung in Tirol nicht Schritt gehalten. Das Ergebnis: Ein
14 knappes Angebot trifft auf steigende Nachfrage, wodurch die Mieten immer weiter
15 steigen. Besonders in den Ballungszentren wird günstiger Wohnraum zunehmend zur
16 Mangelware.

17 Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es vor allem eines: den Bau
18 neuer Wohnungen zu besseren Konditionen. Verdichteter Neubau, die Mobilisierung
19 von Leerstand sowie die Sanierung und Umnutzung bestehender Gebäude können
20 helfen, den Bedarf zu decken und die Preisspirale zu bremsen.

21 In Tirol verschärft der akute Mangel an leistbarem Wohnraum die

22 Wohnkostenproblematik erheblich. Ein zentraler Hebel zur Entspannung der
23 Situation liegt in der Mobilisierung von Wohnraum einerseits durch den Bau neuer
24 Wohnflächen und andererseits durch die Mobilisierung von bereits vorhandenem,
25 aber leer stehendem Wohnraum durch eine Attraktivierung des Vermietens. Doch das
26 derzeitige Mietrechtsgesetz (MRG) steht diesem Ziel oft entgegen, da es durch
27 starre Regelungen Vermieter: innen abschreckt, Wohnungen zu vermieten. Eine
28 umfassende Reform des MRG würde Hindernisse abbauen, indem sie mehr Flexibilität
29 bei Mietverträgen schafft und gleichzeitig Mieter:innenrechte wahrt. Zusätzlich
30 dazu sind Maßnahmen auf Landesebene notwendig, um den Wohnraum effizienter zu
31 nutzen und gezielt auszubauen:

32 **Nachverdichtung forcieren**

33 Tirol verfügt aufgrund der geografischen Situation über ein sehr begrenztes
34 Flächenpotenzial für Neubauten. Eine höhere und verdichtete Bauweise ist daher
35 ein zentraler Ansatz, um den vorhandenen Raum im gesamten Land effektiver nutzen
36 zu können. Durch eine Anpassung der baurechtlichen Vorgaben auf Landes- als auch
37 Gemeindeebene kann die Nachverdichtung dahingehend unterstützt werden, dass
38 Gebäude einerseits grundsätzlich höher gebaut werden können und andererseits
39 bestehende einstöckige Bauten gezielt aufgestockt werden, ohne die
40 Lebensqualität zu beeinträchtigen. Der große Vorteil der Nachverdichtung ist,
41 dass mit der Überbauung bestehender Flachbauten, wie zB Supermärkten, in ganz
42 Tirol neuer Raumbedarf ganz ohne Neuerschließung von Bauland gedeckt werden
43 kann! Die aktuellen Regelungen stehen dem leider häufig im Weg!

44 **Wohnbedarfsgerechtes Bauen stärken**

45 Während die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt und die durchschnittliche
46 Anzahl der Personen pro Haushalt sinkt, nimmt die durchschnittliche
47 Wohnungsgröße immer weiter zu. ^[1] Um den Bedarf der Bevölkerung besser zu
48 decken, muss die Wohnraumentwicklung stärker an den tatsächlichen
49 Lebensrealitäten der Tiroler: innen ausgerichtet und gleichzeitig beachtet
50 werden, dass logischerweise mehr Wohnfläche auch zu mehr Wohnkosten führt. Dazu
51 gehört unter anderem der Bau von familienfreundlichem Wohnraum, altersgerechten
52 Wohnungen für Senior: innen sowie leistbaren Wohnungen für Menschen mit geringen
53 Einkommen oder Studierende in anderen Lebenssituationen in jeweils angemessenen
54 Größen, da Wohnen auf passendem und nicht zu viel Wohnraum folglich leistbarer
55 ist. Besonders im gemeinnützigen Wohnbau muss auf diese Lebenssituationen
56 eingegangen werden und in Größe als auch dem Standard entsprechend gebaut
57 werden.

58 **Lockerung baurechtlicher Vorgaben bei Sanierungen**

59 Die Lockerung baurechtlicher Vorgaben ist notwendig, um die Sanierung alter
60 Gebäude zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen zu ermöglichen. Häufig
61 verhindern starre, teils willkürlich wirkende Regelungen, wie etwa strenge
62 Anforderungen an Raumhöhen, die Umnutzung historischer Gebäude. Dies macht die
63 Schaffung von neuem Wohnraum in bestehenden Strukturen entweder extrem teuer
64 oder gar unmöglich. Weniger bürokratische Hürden könnten diesen Prozess deutlich
65 beschleunigen und attraktiver machen und so leerstehenden Wohnraum mobilisieren!

66 **Überregionale und unpolitische Raumplanungskompetenz**

67 Eine sinnvolle und nachhaltige Raumplanung muss überregionale Aspekte stärker
68 berücksichtigen und frei von politischen oder regionalen Einzelinteressen
69 gestaltet werden. Daher braucht es eine unabhängige, fachlich fundierte
70 Steuerung, die sicherstellt, dass neue Wohnbauprojekte strategisch sinnvoll
71 verteilt und vorhandene Flächen effizient genutzt werden. Diese überregionale
72 Raumplanung soll Zersiedelung verringern, die nicht nur Flächenfraß verursacht,
73 sondern auch hohe Infrastrukturkosten mit sich bringt als auch soziale
74 Durchmischung berücksichtigen beim Bau von neuen Wohnprojekten. Wir fordern
75 daher, dass die Raumplanungskompetenz weg von den Gemeinden auf eine
76 überregionale und unpolitische Ebene kommt.

77 **Auch Innovative Ansätze heranziehen**

78 Die Herausforderungen auf dem Tiroler Wohnungsmarkt erfordern kreative Lösungen,
79 um bestehenden Wohnraum effizienter zu nutzen. Ein Ansatz ist hierbei zB der
80 Ausbau des Projekts Sicheres Vermieten.

81 Das Projekt Sicheres Vermieten hilft dabei, ungenutzte Wohnungen, die von
82 Eigentümern aufgrund der aktuellen Mietrechtssituation nicht vermietet werden,
83 unkompliziert auf den Mietmarkt zu bringen, indem es die Eigentümer bei der
84 Vermietung unterstützt. Dieser Ansatz muss, wenn auch er nicht das Problem, dass
85 Eigentümer aufgrund des aktuellen MRG nicht vermieten wollen, löst,
86 vorübergehend noch verstärkt forciert und auf möglichst bürokratiearme Art und
87 Weise in die Breite getragen werden. Nur so, können noch mehr dringend benötigte
88 leerstehende Wohnungen auf den Markt gebracht werden!

89 **Eigentum (wieder) leistbar machen**

90 Die Frage nach leistbarem Eigentum ist in den letzten Jahren zu einer der
91 zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen geworden. Steigende
92 Immobilienpreise, wachsende soziale Ungleichheit und ein stagnierender

93 Wohnungsbau belasten viele Menschen, insbesondere auch junge Menschen. Eigentum,
94 einst ein zentraler Bestandteil der Lebensplanung und Altersvorsorge, ist für
95 viele zu einem unerreichbaren Ziel geworden.

96 Gleichzeitig beeinflussen wirtschaftliche Faktoren wie Inflation, höhere
97 Baukosten und begrenzte Bodenressourcen den Zugang zu Immobilien und erschweren
98 den Traum vom Eigenheim. Doch Eigentum ist weit mehr als ein finanzielles Ziel:
99 Es steht für Sicherheit, Unabhängigkeit und langfristige Stabilität. Um Eigentum
100 für uns junge Menschen wieder erreichbar und somit auch leistbar machen zu
101 können, haben wir 3 ganz konkrete Forderungen.

102 **Deregulierung von Bauvorschriften - TBO radikal entrümpeln!**

103 Neben weiteren Punkten kann vor allem die Deregulierung von Bauvorschriften
104 einen erheblichen Beitrag dazu leisten, Wohnraum generell aber insbesondere
105 Eigentum wieder leistbarer zu machen. Indem unsinnige oder überzogene bauliche
106 Auflagen beseitigt werden, lassen sich Baukosten deutlich senken. Eine gezielte
107 Entrümpelung der bestehenden Ö-Normen und OIB-Richtlinien kann dabei den
108 bürokratischen Aufwand reduzieren und schafft Spielraum für günstigere und
109 effizientere Bauprojekte. Darüber hinaus stellt eine umfassende Prüfung der
110 Vorschriften durch Kosten-Nutzen-Analysen sicher, dass nur sinnvolle und
111 wirtschaftlich vertretbare Vorgaben erhalten bleiben.

112 Ein Beispiel für diese Flexibilisierung ist die Einführung eines neuen
113 Wohnungstyps mit „Startinfrastruktur“, der zunächst nicht vollständig
114 barrierefrei ist, jedoch später mit geringem Aufwand entsprechend nachgerüstet
115 werden kann. Dies ermöglicht die Schaffung preiswerter Wohnungen, ohne die
116 zukünftige Anpassungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Auch die Förderung
117 emissionsfreier Heizsysteme durch Anreize für Alternativen wie Wärmepumpen oder
118 Photovoltaik-Anlagen ist ein wichtiger Schritt. Sie ermöglicht sowohl
119 ökologisches als auch kosteneffizientes Bauen und Wohnen, was langfristig
120 finanzielle und ökologische Vorteile bringt. Diese Maßnahmen zusammen schaffen
121 eine Grundlage für mehr bezahlbaren Wohnraum, ohne die Qualität oder
122 Nachhaltigkeit zu vernachlässigen.

123 Auf Landesebene lässt sich die Situation der Überregulierung insbesondere in der
124 Tiroler Bauordnung beobachten. Die Tiroler Bauordnung (TBO) enthält eine
125 Vielzahl an Vorgaben, die in der aktuellen Form den Bau von leistbarem Wohnraum
126 erschweren. Zum Beispiel Themen wie die Stellplatzpflicht oder ein
127 verpflichtender Spielplatz für Wohneinheiten, wie sie zudem in Verordnungen
128 statuiert werden, stellen ein Hindernis für den Bau von mehr leistbarem Wohnraum
129 dar, da sie zusätzlichen Raum beanspruchen und die Baukosten erheblich steigern.

130

131 Eine Abschaffung oder zumindest deutliche Reduktion dieser Regelungen würde
132 ermöglichen, dass mehr kostengünstigerer Wohnraum auf begrenztem Baugrund
geschaffen wird.

133 Darüber hinaus müssen bürokratische Hürden und überregulierte Vorschriften in
134 der TBO umfassend überarbeitet werden. Ziel ist es, ein schlankeres Regelwerk zu
135 schaffen, das es Bauträgern erlaubt, effizienter und kostengünstiger zu bauen.
136 Durch eine Entrümpelung der Bauordnung können moderne, ressourcenschonende
137 Bauweisen forciert und gleichzeitig die Baukosten gesenkt werden – ein
138 entscheidender Schritt, um mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen. Die
139 Vorschriften der TBO müssen dringend auf Sinnhaftigkeit und Praxistauglichkeit
140 sowie auf Kostentreiber hin geprüft und entsprechend angepasst werden!

141 **Bauen außerhalb der Norm rechtssicher ermöglichen**

142 Da eine umfassende Entrümpelung von Normen und OIB-Richtlinien ein langwieriges
143 Unterfangen darstellt, fordern wir als Sofortmaßnahme um die Baukosten zu senken
144 und Innovation zu fördern, die rechtliche Möglichkeit, von technischen Normen
145 abzuweichen. Dies soll jedoch nur zulässig sein, wenn die maßgeblichen
146 baurechtlichen Schutzziele – wie z.B. mechanische Festigkeit, Brandschutz,
147 Gesundheit, Schallschutz, Barrierefreiheit und ähnliche Standards – weiterhin
148 gewährleistet sind.

149 Derzeit besteht selbst dann für ausführende Unternehmen keine Rechtssicherheit,
150 wenn Bauwerber und ausführende Unternehmen einvernehmlich beschließen, von
151 bestimmten Normen abzuweichen. Die derzeitige baurechtliche Lage verlangt den
152 "Stand der Technik", der in der Praxis durch Normen und OIB-Richtlinien
153 definiert wird. Dadurch bleiben innovative Ansätze und kostensparende Maßnahmen
154 oft ungenutzt.

155 Wir fordern daher konkret einen Rechtsanspruch des Bauwerbers auf eine
156 Baubewilligung, selbst bei Abweichungen von technischen Normen, sofern diese
157 nicht die zentralen baurechtlichen Schutzzwecke beeinträchtigen. Dieser Ansatz
158 ermöglicht es, rechtssicher Innovationen umzusetzen, Baukosten zu reduzieren und
159 die Baubranche zukunftsorientiert zu gestalten.

160 **Grunderwerbssteuer beim Kauf des ersten Eigenheims** 161 **abschaffen**

162 Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste Eigenheim kann eine
163 deutliche finanzielle Entlastung für Erstkäufer darstellen und somit den

164 Einstieg in Wohneigentum erleichtern. In Österreich beträgt die
165 Grunderwerbssteuer im Allgemeinen 3,5 Prozent der Bemessungsgrundlage ^[2] und
166 stellt gerade für junge Familien oder Menschen mit begrenztem Eigenkapital eine
167 erhebliche Zusatzbelastung dar.

168 Durch den Wegfall dieser Steuer würde die finanzielle Einstiegshürde spürbar
169 gesenkt, sodass mehr Menschen die Möglichkeit erhalten, sich Wohneigentum
170 leisten zu können. Dies könnte zudem die Eigenheimquote erhöhen, soziale
171 Stabilität fördern und langfristig die Altersvorsorge vieler Haushalte stärken.
172 Darüber hinaus signalisiert eine solche Maßnahme, dass der Staat den Traum vom
173 Eigenheim aktiv unterstützt und die Bildung von Wohneigentum als
174 gesellschaftlich wertvoll anerkennt.

175 **Flex-Miet-Kauf Modelle forcieren**

176 Flexi-Miet-Kauf-Modelle sind hybride Wohn- und Finanzierungsmodelle, die es
177 Mietern ermöglichen, schrittweise Eigentum an einer Immobilie zu erwerben. Dabei
178 zahlen sie zunächst eine monatliche Miete, die teilweise oder vollständig auf
179 den späteren Kaufpreis angerechnet wird. Häufig wird eine Option oder ein
180 festgelegter Zeitraum vereinbart, innerhalb dessen der Kauf vollzogen werden
181 kann.

182 Diese Modelle bieten insbesondere Menschen, die nicht sofort eine hohe Anzahlung
183 leisten können, eine flexible und erschwingliche Möglichkeit, den Weg in die
184 eigenen vier Wände zu ebnen. Sie schaffen einen gleitenden Übergang von Miete zu
185 Eigentum, reduzieren die finanzielle Einstiegsbarriere und geben Mietern Zeit,
186 Kapital aufzubauen oder finanzielle Sicherheit zu gewinnen. Flexi-Miet-Kauf-
187 Modelle können somit eine Brücke schlagen, um Eigentum für breitere
188 Bevölkerungsschichten und vor allem auch für junge Menschen wieder leistbar zu
189 machen.

190 Um Mietkaufmodelle nicht nur für Mietende/Kaufende attraktiv zu machen, muss
191 auch die Perspektive auf die Vermietenden/Verkaufenden politisch vertreten
192 werden. Die Politik muss zur Forcierung solcher Modelle Wege finden,
193 Mietkaufverträge attraktiver als reine Miet- oder Kaufverträge zu gestalten, um
194 beiden Vertragspartnern Vorteile zu ermöglichen und somit das Mietkaufmodell
195 attraktiv zu machen.

196 **Gemeinnütziges Wohnen**

197 Die Thematik rund um das gemeinnützige Wohnen wird derzeit zu großen Teilen auf

198 Gemeindeebene geregelt. Die Gemeinden entscheiden hierbei, wer wann eine
199 gemeinnützige Wohnung zur Verfügung gestellt bekommt. Das Ergebnis dieses
200 Prozederes sind intransparente, komplizierte & korruptionsanfällige Systeme, bei
201 denen niemand wirklich weiß, wer wieso eine Wohnung bekommen hat. Oft haben
202 genau jene Personen, die eine gemeinnützige Wohnung am dringendsten benötigen
203 würden, keine Chance, eine solche zu bekommen.

204 **Vergaberichtlinien**

205 Die Vergaberichtlinien für den gemeinnützigen Wohnbau werden auf Gemeindeebene
206 geregelt und durch den Gemeinderat beschlossen. Somit hat jede Gemeinde in
207 Österreich ihr eigenes (oft intransparentes) System, wobei niemand wirklich
208 weiß, wieso gewisse Personen nach kürzester Wartezeit eine Wohnung erhalten, und
209 andere scheinbar ewig auf der Liste stehen. Freunderlwirtschaft, Korruption und
210 ein geringes Vertrauen in die Gemeindepolitik sind die logischen Folgen eines
211 solchen Systems. Wie schnell die derzeitigen Vergaberichtlinien ignoriert
212 werden, hat man erst kürzlich in Völs gesehen, wo ein Bürgermeister eigenmächtig
213 einen Mitarbeiter für eine Wohnung vorschlug. ^[3]

214 Wir JUNOS fordern ein Tirol weit einheitliches, transparentes und vor allem
215 faires Punktesystem, welches von den Bürger: innen nachvollzogen werden kann und
216 Freunderlwirtschaft unterbindet. Zudem fordern wir eine einheitliche Plattform,
217 über welche eine gemeinnützige Wohnung beantragt werden kann. Eine solche
218 Plattform existiert zum Teil schon, wird aber nicht genutzt. ^[4]

219 **Einkommensevaluation und befristete Mietverträge im** 220 **gemeinnützigen Wohnraum**

221 Der gemeinnützige Wohnbau ist eine zentrale Säule, um Menschen mit begrenztem
222 Einkommen Zugang zu leistbarem und qualitativ hochwertigem Wohnraum zu
223 ermöglichen. Um diesen Zweck zu erfüllen, ist eine regelmäßige
224 Einkommensevaluation unerlässlich. Sie stellt sicher, dass der begrenzte
225 gemeinnützige Wohnraum ausschließlich denjenigen zur Verfügung steht, die die
226 festgelegten Einkommenskriterien tatsächlich erfüllen.

227 Ohne eine klare und kontinuierliche Überprüfung besteht die Gefahr, dass
228 Haushalte, deren finanzielle Situation sich über die Jahre deutlich verbessert
229 hat, weiterhin Wohnungen im gemeinnützigen Bereich belegen. Damit werden
230 Kapazitäten blockiert, die für jene dringend benötigt werden, die sich am freien
231 Markt keinen adäquaten Wohnraum leisten können. Die Einkommensevaluation schafft
232 hier Gerechtigkeit und gewährleistet, dass die ursprüngliche Zielsetzung des
233 gemeinnützigen Wohnbaus nicht unterlaufen wird.

234 Eine Überprüfung der Einkommensverhältnisse alle fünf Jahre durchzuführen,
235 scheint bei Abwägung des Administrativen Aufwands und der notwendigen Kontrolle
236 als angemessen. Er gibt den Bewohner: innen Planungssicherheit, sorgt jedoch
237 dafür, dass Veränderungen in den Einkommensverhältnissen rechtzeitig
238 berücksichtigt werden können. Ergänzend sollte bei wesentlichen
239 Einkommensänderungen, beispielsweise durch neue Beschäftigungsverhältnisse,
240 Erbschaften oder größere Vermögensgewinne, eine verpflichtende Selbstauskunft
241 eingeführt werden, um auch zwischen den Evaluationszeiträumen Transparenz zu
242 schaffen.

243 Zudem muss beim gemeinnützigen Wohnraum auf befristete Mietverträge gesetzt
244 werden. Teilweise werden Mietverträge im Gemeinnützigen Wohnbau unbefristet
245 ausgestellt. Dies führt dazu, dass Stadtwohnungen oftmals dauerhaft belegt
246 bleiben, selbst wenn kein tatsächlicher Bedarf mehr besteht. Durch die
247 Einführung von befristeten Mietverträgen kann sichergestellt werden, dass im
248 Falle einer Veränderung der Lebensumstände der dringend benötigte gemeinnützige
249 Wohnraum schnellstmöglich wieder für jene Menschen zur Verfügung steht, welche
250 wirklich auf ihn angewiesen sind.

251 **Zusammengefasst fordern wir:**

- 252 • Nachverdichtung ermöglichen: Anpassung baurechtlicher Vorgaben, um höhere
253 und dichtere Bauweisen zu erleichtern und Leerstand zu mobilisieren.
- 254 • Wohnbedarfsgerechtes Bauen: an Lebenssituationen angepasste Wohnformen
255 insbesondere im gemeinnützigen Wohnbau forcieren, wie
256 familienfreundlicher, altersgerechter und leistbarer Wohnungen.
- 257 • Unabhängige Raumplanung: Überführung der Raumplanungskompetenz auf eine
258 unpolitische, überregionale Ebene.
- 259 • Innovative Ansätze: Ausbau von Programmen wie Sicheres Vermieten
- 260 • Eigentum leistbar machen: Abschaffung der Grunderwerbssteuer für das erste
261 Eigenheim, Deregulierung der Tiroler Bauordnung und Förderung flexibler
262 Miet-Kauf-Modelle.
- 263 • Einheitliche Vergaberichtlinien: Einführung eines Tirol-weiten,
264 transparenten Punktesystems und einer zentralen Plattform für die Vergabe
265 gemeinnützigen Wohnraums.

- 266
- Regelmäßige Einkommensevaluation: Überprüfung der Einkommensverhältnisse
- 267 alle fünf Jahre, ergänzt durch befristete Mietverträge im gemeinnützigen
- 268 Wohnbau.

269 **Quellen:**

- 270 [1] https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Wohnen-2022_barrierefrei.pdf
- 271 [2] <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/immobilien-grundstuecke/grunderwerbsteuer/steuersatz.html#:~:text=Die%20Grunderwerbsteuer%20betr%C3%A4gt%20im%20Allgemeinen,1%20Z%201%20GGG%20stattfinden>
- 272
- 273
- 274
- 275 [3] [Politik: Unstimmigkeiten um Wohnungsvergabe im Völser Gemeinderat - Westliches Mittelgebirge](#)
- 276
- [4] <https://www.oesterreich.gv.at/formsearch/form/527?gkz=70513>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Jörg Schmieder, Lukas Schobesberger, Fabian Haslwanter*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A1: Tiroler Naturparks stärken - Naturschutzabgabe reformieren

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 In Tirol gibt es derzeit fünf Naturparks (Kaunergrat, Karwendel, Ötztal,
3 Zillertal und Lech), die den Zielen des Naturschutzes, der Erholung, der
4 Umweltbildung, der Regionalentwicklung und der Forschung dienen.^[1] Diese
5 Naturparks setzen Projekte um, die darauf abzielen, Gewässer sowie Tier- und
6 Pflanzenarten in ihren Lebensräumen nachhaltig zu fördern und zu schützen. Dass
7 diese Arbeit hauptamtliches Personal und finanzielle Ressourcen erfordert,
8 versteht sich von selbst.

9 Aktuell erhalten die Naturparks in Tirol unter anderem von den anliegenden
10 Gemeinden, der Europäischen Union oder dem Land Tirol Zuschüsse, die häufig an
11 bestimmte Projekte gebunden sind. Ein Teil dieser Gelder stammt aus der
12 Naturschutzabgabe. Die Naturschutzabgabe muss von Projekten bezahlt werden, die
13 besondere Eingriffe in die Natur erfordern und ein
14 Umweltverträglichkeitsverfahren erfordern. Im Landesnaturschutzgesetz ist genau
15 festgelegt, wie hoch der Preis für bestimmte Eingriffe ist.^[2] Aktuell wird das
16 Geld, das durch die Naturschutzabgabe eingenommen wird, folgendermaßen
17 ausgegeben: 60% „für Maßnahmen des Klimaschutzes, insbesondere zur Förderung des
18 öffentlichen Personennahverkehrs“ und 40% für Naturschutz- und
19 Forschungsaufgaben.^[2]

20 Wir fordern, das Naturschutzgesetz derart zu reformieren, dass die Tiroler
21 Naturparks zukünftig einen Anteil von 30% der Naturschutzabgabe erhalten. Die
22 Summe für die jeweiligen Parks soll sich nach der Fläche der Naturparks richten.
23 Hierfür soll die Naturschutzabgabe insbesondere in jenen Bereichen angehoben
24 werden, die nicht für die Energieversorgung der Tiroler Zivilbevölkerung
25 notwendig sind. Die Deckelung bei der Errichtung von Sportstätten soll ebenfalls
26 bleiben.

27 Mit dieser Reform wird eine nachhaltige Finanzierung der Naturparks geschaffen,
28 die ihnen eine bessere Planungssicherheit ermöglicht. Da die Mittel nicht mehr
29 ausschließlich projektgebunden sein sollen, können Bürokratiekosten gesenkt und
30 die Flexibilität in der Mittelverwendung erhöht werden. Gleichzeitig bleibt die
31 Möglichkeit bestehen, projektgebundene Förderungen zu beantragen, um spezifische
32 Maßnahmen zu unterstützen. Die Naturparks sollen dabei selbst entscheiden
33 können, wie die Mittel eingesetzt werden, da sie ihre Bedürfnisse und
34 Prioritäten am besten kennen.

35 Quellen:

36 [1] <https://www.naturparke.at/naturparke/tirol>

37 [2]

38 <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=2000025>

39 -
2

ANTRAG

Gremium: Landeskongress

Beschlussdatum: 07.12.2024

Tagesordnungspunkt: 13.3. Weitere Anträge

A1NEU: Tiroler Naturparks stärken - Naturschutzabgabe reformieren

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 In Tirol gibt es derzeit fünf Naturparks (Kaunergrat, Karwendel, Ötztal,
3 Zillertal und Lech), die den Zielen des Naturschutzes, der Erholung, der
4 Umweltbildung, der Regionalentwicklung und der Forschung dienen.^[1] Diese
5 Naturparks setzen Projekte um, die darauf abzielen, Gewässer sowie Tier- und
6 Pflanzenarten in ihren Lebensräumen nachhaltig zu fördern und zu schützen. Dass
7 diese Arbeit hauptamtliches Personal und finanzielle Ressourcen erfordert,
8 versteht sich von selbst.

9 Aktuell erhalten die Naturparks in Tirol unter anderem von den anliegenden
10 Gemeinden, der Europäischen Union oder dem Land Tirol Zuschüsse, die häufig an
11 bestimmte Projekte gebunden sind. Ein Teil dieser Gelder stammt aus der
12 Naturschutzabgabe. Die Naturschutzabgabe muss von Projekten bezahlt werden, die
13 besondere Eingriffe in die Natur erfordern und ein
14 Umweltverträglichkeitsverfahren erfordern. Im Landesnaturschutzgesetz ist genau
15 festgelegt, wie hoch der Preis für bestimmte Eingriffe ist.^[2] Aktuell wird das
16 Geld, das durch die Naturschutzabgabe eingenommen wird, folgendermaßen
17 ausgegeben: 60% „für Maßnahmen des Klimaschutzes, insbesondere zur Förderung des
18 öffentlichen Personennahverkehrs“ und 40% für Naturschutz- und
19 Forschungsaufgaben.^[2]

20 Wir fordern, das Naturschutzgesetz derart zu reformieren, dass die Tiroler
21 Naturparks zukünftig einen Anteil von 30% der Naturschutzabgabe erhalten. Die
22 Summe für die jeweiligen Parks soll sich nach der Fläche der Naturparks richten.
23 Hierfür soll die Naturschutzabgabe insbesondere in jenen Bereichen angehoben
24 werden, die nicht für die Energieversorgung der Tiroler Zivilbevölkerung

25 notwendig sind. Die Deckelung bei der Errichtung von Sportstätten soll ebenfalls
26 bleiben.

27 Mit dieser Reform wird eine nachhaltige Finanzierung der Naturparks geschaffen,
28 die ihnen eine bessere Planungssicherheit ermöglicht. Da die Mittel nicht mehr
29 ausschließlich projektgebunden sein sollen, können Bürokratiekosten gesenkt und
30 die Flexibilität in der Mittelverwendung erhöht werden. Gleichzeitig bleibt die
31 Möglichkeit bestehen, projektgebundene Förderungen zu beantragen, um spezifische
32 Maßnahmen zu unterstützen. Die Naturparks sollen dabei selbst entscheiden
33 können, wie die Mittel eingesetzt werden, da sie ihre Bedürfnisse und
34 Prioritäten am besten kennen.

35 Quellen:

36 [1] <https://www.naturparke.at/naturparke/tirol>

37 [2]

38 <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=2000025>

39 -

-2

ANTRAG

Antragsteller*in: *Georg Satzinger, Aleyna Dasdemir, Oleksa Woloschtschuk, Julian Pfurtscheller*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A2: Grenzen überwinden - damit umsteigen in Kufstein zukünftig der Vergangenheit angehört.

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Aktuelles Problem

3 Der Verkehrsverbund Tirol hat es bereits erkannt, der Großraum Kufstein wächst
4 immer weiter zusammen und hört an der Staatsgrenze nicht auf. Seit 01. Juli 2023
5 gilt das KlimaTicket Tirol grenzüberschreitend bis Oberaudorf1.
6 Grenzüberschreitend ohne umsteigen in diese Gemeinden zu fahren ist aber immer
7 noch nicht möglich. Während für die Brennerstrecke bereits extra neue Mehrsystem
8 Elektrotriebwagen bestellt worden sind2, ein grenzüberschreitender Betrieb in
9 greifbarer Nähe liegt, ist dieser in der Region Kufstein trotz geringerer
10 technischen Anforderungen im Vergleich zur Verbindung Tirol Südtirol immer noch
11 reine Zukunftsmusik. Europa noch näher zusammenbringen und ein attraktiveres
12 Angebot schaffen für die zahlreichen Pendler und Pendlerinnen in der
13 Grenzregion, das wollen wir JUNOS-Tirol.

14 Grenzüberschreitende REX/CJX Innsbruck nach 15 Rosenheim

16 Mit einer Verlängerung der bestehenden REX/CJX über Kufstein hinaus, gehört das
17 Umsteigen zukünftig der Vergangenheit an. Bestehende Fahrzeuge der ÖBB haben
18 bereits eine Zulassung für Deutschland und die CJX Züge könnten sogar in der
19 Eurocity Trasse einfach bis nach München verlängert werden und die ohnehin nur
20 zweistündlich existierenden RJ Verbindungen nach München maßgeblich entlasten.

21 Für eine Verlängerung der REX Züge, welche bis nach Rosenheim verkehren könnten,
22 und jeden Halt zwischen Kufstein und Rosenheim erschließen braucht es
23 entsprechende Trassenkapazitäten. Langfristig kommt man um die Brenner-
24 Zulauftrasse nicht herum und wir JUNOS-Tirol fordern hier mehr Tempo. Bis diese
25 gebaut ist, schränken die Trassenverfügbarkeiten die Möglichkeit etwaig ein den
26 REX stündlich weiter durchzubinden, es sollte aber das Ziel sein mehr
27 umsteigefreie Verbindungen anzubieten aber gleichzeitig Güterverkehr und Co. auf
28 dieser Strecke nicht auszubremsen.

29 **BRB bis nach Wörgl**

30 Auch die deutschen Züge der Bayerischen Regiobahn müssen nicht in Kufstein
31 enden. Eine Verlängerung bis zum wichtigen Umsteigeknoten Wörgl Hauptbahnhof
32 würde das Angebot auch auf österreichischer Seite verbessern.

33 Um die Barrierefreiheit zu gewährleisten, aufgrund unterschiedlicher
34 Bahnsteighöhen in Deutschland und Österreich könnte eine kleine Rampe an den
35 betroffenen österreichischen Bahnsteigen zwischen Kufstein und Wörgl installiert
36 werden, um zumindestens einen komplett barrierefreien Zugang zu gewährleisten³.

37 **Grenzüberschreitende Tickets**

38 Ein KlimaTicket Tirol welches in ganz Bayern gilt, ist unrealistisch. Aber ein
39 spezielles RegionalTicket, welches in der Grenzregion gilt und ideal für
40 grenzüberschreitende Pendler und Pendlerinnen ist, würde die Zugänglichkeit und
41 folglich auch Nutzung zu diesem Angebot maßgeblich steigern.

ANTRAG

Gremium: Landeskongress

Beschlussdatum: 07.12.2024

Tagesordnungspunkt: 13.3. Weitere Anträge

A2NEU: Grenzen überwinden - damit umsteigen in Kufstein zukünftig der Vergangenheit angehört.

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Aktuelles Problem

3 Der Verkehrsverbund Tirol hat es bereits erkannt, der Großraum Kufstein wächst
4 immer weiter zusammen und hört an der Staatsgrenze nicht auf. Seit 01. Juli 2023
5 gilt das KlimaTicket Tirol grenzüberschreitend bis Oberaudorf1.
6 Grenzüberschreitend ohne umsteigen in diese Gemeinden zu fahren ist aber immer
7 noch nicht möglich. Während für die Brennerstrecke bereits extra neue Mehrsystem
8 Elektrotriebwagen bestellt worden sind2, ein grenzüberschreitender Betrieb in
9 greifbarer Nähe liegt, ist dieser in der Region Kufstein trotz geringerer
10 technischen Anforderungen im Vergleich zur Verbindung Tirol Südtirol immer noch
11 reine Zukunftsmusik. Europa noch näher zusammenbringen und ein attraktiveres
12 Angebot schaffen für die zahlreichen Pendler und Pendlerinnen in der
13 Grenzregion, das wollen wir JUNOS-Tirol.

14 Grenzüberschreitende REX/CJX Innsbruck nach 15 Rosenheim

16 Mit einer Verlängerung der bestehenden REX/CJX über Kufstein hinaus, gehört das
17 Umsteigen zukünftig der Vergangenheit an. Bestehende Fahrzeuge der ÖBB haben
18 bereits eine Zulassung für Deutschland und die CJX Züge könnten sogar in der
19 Eurocity Trasse einfach bis nach München verlängert werden und die ohnehin nur
20 zweistündlich existierenden RJ Verbindungen nach München maßgeblich entlasten.

21 Für eine Verlängerung der REX Züge, welche bis nach Rosenheim verkehren könnten,
22 und jeden Halt zwischen Kufstein und Rosenheim erschließen braucht es
23 entsprechende Trassenkapazitäten. Langfristig kommt man um die Brenner-
24 Zulauftrasse nicht herum und wir JUNOS-Tirol fordern hier mehr Tempo. Bis diese
25 gebaut ist, schränken die Trassenverfügbarkeiten die Möglichkeit etwaig ein den
26 REX stündlich weiter durchzubinden, es sollte aber das Ziel sein mehr
27 umsteigefreie Verbindungen anzubieten aber gleichzeitig Güterverkehr und Co. auf
28 dieser Strecke nicht auszubremesen.

29 **BRB bis nach Wörgl**

30 Auch die deutschen Züge der Bayerischen Regiobahn müssen nicht in Kufstein
31 enden. Eine Verlängerung bis zum wichtigen Umsteigeknoten Wörgl Hauptbahnhof
32 würde das Angebot auch auf österreichischer Seite verbessern.

33 Um die Barrierefreiheit zu gewährleisten, aufgrund unterschiedlicher
34 Bahnsteighöhen in Deutschland und Österreich könnte eine kleine Rampe an den
35 betroffenen österreichischen Bahnsteigen zwischen Kufstein und Wörgl installiert
36 werden, um zumindestens einen komplett barrierefreien Zugang zu gewährleisten³.

37 **Grenzüberschreitende Tickets**

38 Ein KlimaTicket Tirol welches in ganz Bayern gilt, ist unrealistisch. Aber ein
39 spezielles RegionalTicket, welches in der Grenzregion gilt und ideal für
40 grenzüberschreitende Pendler und Pendlerinnen ist, würde die Zugänglichkeit und
41 folglich auch Nutzung zu diesem Angebot maßgeblich steigern.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Susanna Riedlsperger, Jonas Hohenegger, Lukas Schobesberger, Oleksa Woloschtschuk*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A3: Tirols Sportlandschaft stärken!

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Aktuelle Situation

3 Tirol hat seit jeher eine starke Position als Sportstandort, ob im Sommer oder
4 Winter, groß ist die Begeisterung für Leistungssportler:innen sowie in der
5 breiten Bevölkerung, die wir zu pflegen haben!

6 Und obwohl Tirol dafür bekannt ist die optimalen Voraussetzungen für
7 Sportbegeisterte zu bieten, mangelt es an vielerlei Punkten; Oftmals fehlt
8 einfach die notwendige Infrastruktur.

9 In Tirol spricht man bereits von einem "Bädersterben", da immer mehr
10 Schwimmbäder geschlossen werden. Zudem mangelt es an ausreichend langen Becken,
11 um professionellen Sport betreiben zu können. Außerdem gibt es viel zu wenig
12 Sporthallen und auch fehlen Sportplätze, die abends beleuchtet sind und damit
13 abends zumeist nicht nutzbar sind. Auch für Sportarten wie Downhillen und oder
14 Mountainbiken gibt es viel zu wenige ,legale' Trails.

15 Unsere Forderungen

16 Unsere Vision ist ein Tirol, in dem Sportbegeisterte optimale Bedingungen
17 vorfinden, unabhängig von Sportart oder Tageszeit. Wir streben eine
18 Improvisation und Erweiterung der Sport-Infrastruktur an, die sowohl für den
19 Breitensport als auch für Leistungssportler:innen geeignet ist.

20 Deswegen setzen wir JUNOS-Tirol uns für folgende Punkte ein:

21 **Schwimmbäder**

- 22 • Erhalt von Schwimmbädern; In den letzten 2 Jahren hat sich die Anzahl von
23 Schwimmbädern um 40% reduziert. Dies gefährdet das Erlernen grundlegender
24 Schwimmfähigkeiten bei Kindern und reduziert Freizeiträume für junge
25 Menschen.
 - 26 ◦ **Daher fordern wir Maßnahmen, um das Schließen weiterer Bäder zu**
27 **verhindern und diese zu erhalten.**

- 28 • Schaffung einer 50-Meter Schwimmhalle; In ganz Tirol gibt es keine einzige
29 50-Meter Schwimmhalle, was den Spitzensport erheblich beeinträchtigt. Seit
30 langem wird über eine solche Halle in Innsbruck diskutiert, umgesetzt ist
31 dies bisher jedoch nicht.
 - 32 ◦ **Deshalb fordern wir dringend die Realisierung einer 50-Meter-Halle**
33 **in Tirol, um den Spitzensport zu fördern.**

34 **Sporthallen nutzbar machen (Schulen, ...)**

- 35 • In Tirol mangelt es massiv an Sporthallen und vorhandene sind zumeist
36 schlecht aufgestellt, wie es die Vereine eigentlich benötigen würden.
37 Zudem werden unter der Woche Sporthallen massiv genutzt während diese
38 (staatlichen Sporthallen; Schule, etc.) an Wochenenden, Feiertagen sowie
39 Ferien zumeist geschlossen sind und damit die Nutzung erheblich
40 beeinträchtigt.
 - 41 ◦ **Deshalb fordern wir den Ausbau und die bessere Ausstattung von**
42 **Sporthallen sowie deren Zugang an Wochenenden, Feiertagen und in den**
43 **Ferien, um den erheblichen Mangel zu beheben und den Bedarf der**
44 **Vereine zu decken.**

45 **Beleuchtete Sportplätze**

- 46 • Auf dem Sportplatz kommen alle zusammen, vor allem im Sommer werden diese
47 extrem intensiv von jungen Menschen genutzt, und das bis in den späten
48 Sommerabend. Entweder gibt es gar keine Beleuchtungsanlage oder sie ist
49 vorhanden, aber abends ausgeschaltet.
 - 50 ◦ **Daher fordern wir, dass Sportplätze, wo möglich, mit Beleuchtung**

51 **ausgestattet werden sollen und diese so abends im Sommer nutzbar**
52 **gemacht werden!**

53 **Nachhaltige Sportnutzung das ganze Jahr über**

- 54 • **Tirols Berge bieten großes Potenzial für nachhaltigen Tourismus und Sport.**
55 Die Ausweitung der Nutzung bestehender Skilift-Infrastruktur auch im
56 Sommer, bspw. Für Downhill-Biking, Wandern oder andere Aktivitäten. Es
57 sollten dabei Anreize geschaffen werden nachhaltige Konzepte wie
58 umweltfreundliche Schneeerzeugung sowie energieeffiziente Liftanlagen
59 stärker zu fördern.

- 60 ◦ **Daher fordern wir, die ganzjährige Nutzung bestehender Infrastruktur**
61 **sowie die Förderung nachhaltiger Konzepte um Tirols Sport-und**
62 **Tourismuslandschaft umweltfreundlicher und vielseitiger zu**
63 **gestalten.**

64 **Quellen:**

- 65 [1] [https://www.meinbezirk.at/tirol/c-politik/tirol-investiert-in-den-](https://www.meinbezirk.at/tirol/c-politik/tirol-investiert-in-den-sport_a6458677)
66 [sport_a6458677](https://www.meinbezirk.at/tirol/c-politik/tirol-investiert-in-den-sport_a6458677)
- 67 [2] <https://junos.at/flaechenbrand-in-der-sportlandschaft-junos-alarmiert-ueber->
68 [fehlende-sportflaechen-in-tirol/](https://junos.at/flaechenbrand-in-der-sportlandschaft-junos-alarmiert-ueber-)
- 69 [3] [https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/beleuchtung-sport-](https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/beleuchtung-sport-bolzplaetze-skateparks-muenchen-jugendliche-92341850.html)
70 [bolzplaetze-skateparks-muenchen-jugendliche-92341850.html](https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/beleuchtung-sport-bolzplaetze-skateparks-muenchen-jugendliche-92341850.html)
- 71 [3] [https://junos.at/40-weniger-baeder-in-nur-zwei-jahren-junos-schockiert-](https://junos.at/40-weniger-baeder-in-nur-zwei-jahren-junos-schockiert-ueber-baederschwund/)
72 [ueber-baederschwund/](https://junos.at/40-weniger-baeder-in-nur-zwei-jahren-junos-schockiert-ueber-baederschwund/)

ANTRAG

Gremium: Landeskongress

Beschlussdatum: 07.12.2024

Tagesordnungspunkt: 13.3. Weitere Anträge

A3NEU: Tirols Sportlandschaft stärken!

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

Aktuelle Situation

3 Tirol hat seit jeher eine starke Position als Sportstandort, ob im Sommer oder
4 Winter, groß ist die Begeisterung für Leistungssportler:innen sowie in der
5 breiten Bevölkerung, die wir zu pflegen haben!

6 Und obwohl Tirol dafür bekannt ist die optimalen Voraussetzungen für
7 Sportbegeisterte zu bieten, mangelt es an vielerlei Punkten; Oftmals fehlt
8 einfach die notwendige Infrastruktur.

9 In Tirol spricht man bereits von einem "Bädersterben", da immer mehr
10 Schwimmbäder geschlossen werden. Zudem mangelt es an ausreichend langen Becken,
11 um professionellen Sport betreiben zu können. Außerdem gibt es viel zu wenig
12 Sporthallen und auch fehlen Sportplätze, die abends beleuchtet sind und damit
13 abends zumeist nicht nutzbar sind. Auch für Sportarten wie Downhillen und oder
14 Mountainbiken gibt es viel zu wenige ,legale' Trails.

Unsere Forderungen

16 Unsere Vision ist ein Tirol, in dem Sportbegeisterte optimale Bedingungen
17 vorfinden, unabhängig von Sportart oder Tageszeit. Wir streben eine
18 Improvisation und Erweiterung der Sport-Infrastruktur an, die sowohl für den
19 Breitensport als auch für Leistungssportler:innen geeignet ist.

20 Deswegen setzen wir JUNOS-Tirol uns für folgende Punkte ein:

21 **Schwimmbäder**

- 22 • Erhalt von Schwimmbädern; In den letzten 2 Jahren hat sich die Anzahl von
23 Schwimmbädern um 40% reduziert. Dies gefährdet das Erlernen grundlegender
24 Schwimmfähigkeiten bei Kindern und reduziert Freizeiträume für junge
25 Menschen.
 - 26 ◦ **Daher fordern wir Maßnahmen, um das Schließen weiterer Bäder zu**
27 **verhindern und diese zu erhalten.**

- 28 • Schaffung einer 50-Meter Schwimmhalle; In ganz Tirol gibt es keine einzige
29 50-Meter Schwimmhalle, was den Spitzensport erheblich beeinträchtigt. Seit
30 langem wird über eine solche Halle in Innsbruck diskutiert, umgesetzt ist
31 dies bisher jedoch nicht.
 - 32 ◦ **Deshalb fordern wir dringend die Realisierung einer 50-Meter-Halle**
33 **in Tirol, um den Spitzensport zu fördern.**

34 **Sporthallen nutzbar machen (Schulen, ...)**

- 35 • In Tirol mangelt es massiv an Sporthallen und vorhandene sind zumeist
36 schlecht aufgestellt, wie es die Vereine eigentlich benötigen würden.
37 Zudem werden unter der Woche Sporthallen massiv genutzt während diese
38 (staatlichen Sporthallen; Schule, etc.) an Wochenenden, Feiertagen sowie
39 Ferien zumeist geschlossen sind und damit die Nutzung erheblich
40 beeinträchtigt.
 - 41 ◦ **Deshalb fordern wir den Ausbau und die bessere Ausstattung von**
42 **Sporthallen sowie deren Zugang an Wochenenden, Feiertagen und in den**
43 **Ferien, um den erheblichen Mangel zu beheben und den Bedarf der**
44 **Vereine zu decken.**

45 **Beleuchtete Sportplätze**

- 46 • Auf dem Sportplatz kommen alle zusammen, vor allem im Sommer werden diese
47 extrem intensiv von jungen Menschen genutzt, und das bis in den späten
48 Sommerabend. Entweder gibt es gar keine Beleuchtungsanlage oder sie ist
49 vorhanden, aber abends ausgeschaltet.
 - 50 ◦ **Daher fordern wir, dass Sportplätze, wo möglich, mit Beleuchtung**

51 **ausgestattet werden sollen und diese so abends im Sommer nutzbar**
52 **gemacht werden!**

53 **Nachhaltige Sportnutzung das ganze Jahr über**

- 54 • **Tirols Berge bieten großes Potenzial für nachhaltigen Tourismus und Sport.**
55 Die Ausweitung der Nutzung bestehender Skilift-Infrastruktur auch im
56 Sommer, bspw. Für Downhill-Biking, Wandern oder andere Aktivitäten. Es
57 sollten dabei Anreize geschaffen werden nachhaltige Konzepte wie
58 umweltfreundliche Schneeerzeugung sowie energieeffiziente Liftanlagen
59 stärker zu fördern.

- 60 ◦ **Daher fordern wir, die ganzjährige Nutzung bestehender Infrastruktur**
61 **sowie die Förderung nachhaltiger Konzepte um Tirols Sport-und**
62 **Tourismuslandschaft umweltfreundlicher und vielseitiger zu**
63 **gestalten.**

64 **Quellen:**

- 65 [1] [https://www.meinbezirk.at/tirol/c-politik/tirol-investiert-in-den-](https://www.meinbezirk.at/tirol/c-politik/tirol-investiert-in-den-sport_a6458677)
66 [sport_a6458677](https://www.meinbezirk.at/tirol/c-politik/tirol-investiert-in-den-sport_a6458677)
- 67 [2] <https://junos.at/flaechenbrand-in-der-sportlandschaft-junos-alarmiert-ueber->
68 [fehlende-sportflaechen-in-tirol/](https://junos.at/flaechenbrand-in-der-sportlandschaft-junos-alarmiert-ueber-)
- 69 [3] [https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/beleuchtung-sport-](https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/beleuchtung-sport-bolzplaetze-skateparks-muenchen-jugendliche-92341850.html)
70 [bolzplaetze-skateparks-muenchen-jugendliche-92341850.html](https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/beleuchtung-sport-bolzplaetze-skateparks-muenchen-jugendliche-92341850.html)
- 71 [3] [https://junos.at/40-weniger-baeder-in-nur-zwei-jahren-junos-schockiert-](https://junos.at/40-weniger-baeder-in-nur-zwei-jahren-junos-schockiert-ueber-baederschwund/)
72 [ueber-baederschwund/](https://junos.at/40-weniger-baeder-in-nur-zwei-jahren-junos-schockiert-ueber-baederschwund/)

ANTRAG

Antragsteller*in: *Georg Satzinger, Aleyna Dasdemir, Oleksa Woloschtschuk, Julian Pfurtsheller*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A4: Kufsteiner Stadtverkehr

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 **Ausbau & erneute Evaluierung des Kufsteiner** 3 **Stadtbusnetzes**

4 Der Kufsteiner Stadtbus verbindet mit drei Linien unter der Woche (und
5 Kleinbussen an Sonn- und Feiertagen) die Kufsteiner Stadteile. Während im
6 Allgemeinen bereits einige Verbindungen vorhanden sind, so gibt es (wie auch
7 eine Umfrage ergab) noch viel Verbesserungspotenzial. Hierbei fielen besonders
8 die schlechten Verbindungen an Sonn- und Feiertagen, sowie zu den Abendstunden
9 auf. Auch wurden seit der Übernahme eines neuen Betreibers einige Buslinien
10 umgestellt, wodurch teilweise auch Haltestellen wegfielen, die besonders für
11 Schüler:innen von Bedeutung waren.

12 Wir JUNOS fordern daher den Ausbau der Kufsteiner Stadtbuslinien in Kufstein in
13 den Abendstunden. Dies kann je nach Auslastung und Verfügbarkeit auch mit
14 Kleinbussen geschehen. Außerdem sollen (nach Durchführung einer Bedarfsanalyse)
15 die Verbindungen an Sonn- und Feiertagen erweitert und anstelle von Kleinbussen
16 je nach Bedarf eventuell größere Busse verwendet werden. Zudem fordern wir, dass
17 eine erneute Evaluierung bezüglich benötigter Haltestellen durchgeführt wird und
18 in weiterer Folge nötige Änderungen gemacht werden. Hierbei sollten besonders
19 auch Schüler:innen der in der Stadt liegenden Schulen befragt werden.

20 Quellen:

21 [1] [Öffis: Kufsteiner wollen bei Stadtbus breiteres Angebot - Kufstein](#)

ANTRAG

Gremium: Landeskongress

Beschlussdatum: 07.12.2024

Tagesordnungspunkt: 13.3. Weitere Anträge

A4NEU: Kufsteiner Stadtverkehr

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

Ausbau & erneute Evaluierung des Kufsteiner 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163 164 165 166 167 168 169 170 171 172 173 174 175 176 177 178 179 180 181 182 183 184 185 186 187 188 189 190 191 192 193 194 195 196 197 198 199 200 201 202 203 204 205 206 207 208 209 210 211 212 213 214 215 216 217 218 219 220 221 222 223 224 225 226 227 228 229 230 231 232 233 234 235 236 237 238 239 240 241 242 243 244 245 246 247 248 249 250 251 252 253 254 255 256 257 258 259 260 261 262 263 264 265 266 267 268 269 270 271 272 273 274 275 276 277 278 279 280 281 282 283 284 285 286 287 288 289 290 291 292 293 294 295 296 297 298 299 300 301 302 303 304 305 306 307 308 309 310 311 312 313 314 315 316 317 318 319 320 321 322 323 324 325 326 327 328 329 330 331 332 333 334 335 336 337 338 339 340 341 342 343 344 345 346 347 348 349 350 351 352 353 354 355 356 357 358 359 360 361 362 363 364 365 366 367 368 369 370 371 372 373 374 375 376 377 378 379 380 381 382 383 384 385 386 387 388 389 390 391 392 393 394 395 396 397 398 399 400 401 402 403 404 405 406 407 408 409 410 411 412 413 414 415 416 417 418 419 420 421 422 423 424 425 426 427 428 429 430 431 432 433 434 435 436 437 438 439 440 441 442 443 444 445 446 447 448 449 450 451 452 453 454 455 456 457 458 459 460 461 462 463 464 465 466 467 468 469 470 471 472 473 474 475 476 477 478 479 480 481 482 483 484 485 486 487 488 489 490 491 492 493 494 495 496 497 498 499 500

Der Kufsteiner Stadtbus verbindet mit drei Linien unter der Woche (und Kleinbussen an Sonn- und Feiertagen) die Kufsteiner Stadteile. Während im Allgemeinen bereits einige Verbindungen vorhanden sind, so gibt es (wie auch eine Umfrage ergab) noch viel Verbesserungspotenzial. Hierbei fielen besonders die schlechten Verbindungen an Sonn- und Feiertagen, sowie zu den Abendstunden auf. Auch wurden seit der Übernahme eines neuen Betreibers einige Buslinien umgestellt, wodurch teilweise auch Haltestellen wegfielen, die besonders für Schüler:innen von Bedeutung waren.

Wir JUNOS fordern daher den Ausbau der Kufsteiner Stadtbuslinien in Kufstein in den Abendstunden. Dies kann je nach Auslastung und Verfügbarkeit auch mit Kleinbussen geschehen. Außerdem sollen (nach Durchführung einer Bedarfsanalyse) die Verbindungen an Sonn- und Feiertagen erweitert und anstelle von Kleinbussen je nach Bedarf eventuell größere Busse verwendet werden. Zudem fordern wir, dass eine erneute Evaluierung bezüglich benötigter Haltestellen durchgeführt wird und in weiterer Folge nötige Änderungen gemacht werden. Hierbei sollten besonders auch Schüler:innen der in der Stadt liegenden Schulen befragt werden.

Quellen:

[1] [Öffis: Kufsteiner wollen bei Stadtbus breiteres Angebot - Kufstein](#)